



HESSISCHER LANDTAG

04. 04. 2019

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der SPD

Ja zu einem starken Urheberrecht, Nein zu Uploadfiltern

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag steht an der Seite der Urheber, der Kreativen, der Kulturschaffenden und der Künstlerinnen und Künstler. Der Landtag steht zugleich ein für die Freiheit des Internets und für Freiheitsrechte in der digitalen Zeit.
2. Der Landtag bedauert die Entscheidung des Europäischen Parlaments über Art. 17 (vormals Art. 13) der Richtlinie für das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt, welcher Uploadfilter möglich werden lässt.
3. Der Landtag betont die Notwendigkeit, die Situation der Urheberinnen und Urheber zu verbessern und einen gerechten Interessenausgleich mit den Verwerterinnen und Verwertern zu erreichen. Angemessene Vergütung statt Ausbeutung und Rechtsverlust ist für den Hessischen Landtag klare Zielsetzung bei der Gestaltung eines modernen Urheberrechts. Daher bedauert der Landtag, dass sich keine Mehrheit im Europäischen Parlament gefunden hat, die Urheberrechtsreform ohne Art. 17 (vormals Art. 13) zu beschließen. Dies hätte aus Sicht des Landtages die Möglichkeit einer Nachverhandlung eröffnet, bei dieser Uploadfilter hätten verhindert und Bezahlmodelle eingeführt werden können. Denn die Verwertung und Vergütung kreativer Inhalte darf nicht auf Kosten von Freiheitsrechten erfolgen.
4. Der Landtag nimmt mit Verwunderung zur Kenntnis, dass nun eben jene politischen Kräfte, die im Europäischen Parlament für Uploadfilter gestimmt haben, Vorschläge für die Umsetzung in nationales Recht in der Bundesrepublik Deutschland vorlegen, um damit für Deutschland ein selbst geschaffenes Problem lösen zu wollen. Der Landtag betont, dass eine europäische Regelung ohne Uploadfilter der Weg ist, um ein starkes Urheberrecht zu schaffen, ohne Freiheitsrechte zu beschneiden.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich für ein bundesweites Monitoring der Auswirkungen der Urheberrechtsreform einzusetzen und beim Auftreten negativer Folgen für die Meinungsfreiheit auf europäischer Ebene auf Veränderungen insbesondere bei Art. 17 hinzuwirken.

Wiesbaden, 4. April 2019

Der Fraktionsvorsitzende:
Thorsten Schäfer-Gümbel